

EINWOHNERRAT BRUGG

PROTOKOLL

der Sitzung des Einwohnerrates
vom 26. Juni 2015, 19.30 Uhr, im Rathaussaal

* * *

Traktanden:

1. Einbürgerungen
 - a)
 - b)
 - c)

 - d)
 - e)
 - f)

 - g)
2. Rechenschaftsbericht und Rechnung 2014
3. Jahresbericht 2014 über die "Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr"
4. Kredit für die Fusionsabklärungen für den Zusammenschluss der Einwohnergemeinden Brugg und Schinznach-Bad
5. Erhöhung der Stellenprozente der Regionalpolizei Brugg für die Vertragsperiode 2017 - 2020
6. Dringliches Postulat Karin Schoedler betreffend Strassenbeleuchtung von 01.00 bis 05.00 Uhr
7. Motion Walter Brander betreffend Strassenbeleuchtung beim Asylantenheim "Jägerstübli" (wird vom Stadtrat abgelehnt)

8. Postulat Peter Haudenschild betreffend Kostentransparenz bei Vorlagen an den Einwohnerrat ("Bericht und Antrag des Stadtrates an den Einwohnerrat betreffend ...") (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
9. Dringliches Postulat Martin Brügger betreffend Kampf für die Berufs- und Erwachsenenbildung in Brugg

* * *

Vorsitz: Jürg Baur, Präsident

Aktuar: Yvonne Brescianini, Stadtschreiber

Stimmzähler: Urs Herzog (SVP) und Hanspeter Stalder

Nach dem Verlassen der Sitzung von Herrn Urs Herzog übernimmt Frau Yvonne Brescianini ab Traktandum 5 die Stimmzählung.

* * *

Präsenz: Es sind 47 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich Frau Rita Boeck sowie die Herren Klas Domeyer und Johannes Gerber.

Herr Urs Herzog (SVP) ist bis 21.00 Uhr anwesend, d.h. bei der Abstimmung ab Traktandum 5 sind 46 Mitglieder anwesend.

* * *

Änderung der Traktandenliste: Nach dem Traktandum 5 soll das dringliche Postulat Karin Schoedler betreffend Strassenbeleuchtung behandelt werden. Als Traktandum 9 soll über die Dringlichkeit des Postulats Martin Brügger betreffend Kampf für die Berufs- und Erwachsenenbildung in Brugg abgestimmt werden.

* * *

Das Protokoll der Sitzung vom 8. Mai 2015 gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

* * *

Traktandum 2: Rechenschaftsbericht und Rechnung 2014

Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann: Mit der Schlagzeile "Die Steuern knacken die 33-Millionen-Grenze" konnte ich vor einem Jahr meinen Kommentar zum Jahresergebnis 2013 einleiten. Diese hohe Hürde konnte im Rechnungsjahr 2014 nicht mehr ganz erreicht werden. Der Hauptgrund dafür ist sicher, dass die Steuern der juristischen Personen nicht mehr so grosszügig geflossen sind.

--- Anhand einer Folie zeigt Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann die Entwicklung der Steuererträge seit dem Jahr 2010 auf ---

Im Vergleich zum Vorjahr beträgt der Rückgang der Aktiensteuern CHF 1,6 Mio. resp. 28 Prozent. Trotzdem konnte das Budget des Steuerertrages um knapp CHF 1 Mio. übertroffen werden. Der Grund dafür liegt hauptsächlich bei den Nachträgen aus dem Vorjahr, die zu einem Mehrertrag von CHF 1,7 Mio. resp. 140 Prozent geführt haben. Speziell zu vermerken ist hier, dass eine einzige Veranlagung zu einem Ertrag von CHF 430'000 geführt hat. Bei den Nachträgen wirkt sich auch die Steueramnestie aus, deren Auswirkungen jedoch nicht voraussehbar sind.

Einen Überblick über das Ergebnis der Jahresrechnung 2014 gibt der Erfolgsausweis auf der Seite 74. Die wichtigen Zahlen sind auf der Folie zusammengefasst:

--- Anhand einer Folie zeigt Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann die Zusammensetzung der Erfolgsrechnung 2014 ---

Das Betriebsergebnis erzeugte einen Mehraufwand von CHF 1,599 Mio., das Finanzergebnis ergab einen Mehrertrag von CHF 7,986 Mio., was zu einem operativen Ergebnis von CHF 6,387 Mio. führte. Das ausserordentliche Ergebnis betrug CHF 1,120 Mio., womit ein Gesamtergebnis CHF 7,507 Mio. erreicht wurde.

Das Gesamtergebnis übertrifft das Budget um CHF 4,834 Mio. resp. 180 Prozent. Auch gegenüber der Rechnung 2013 ergibt sich ein Mehrertrag von CHF 1,319 Mio. resp. 21 Prozent.

--- Anhand einer Folie zeigt Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann die Sondereffekte der Rechnung 2014 ---

Die Analyse der Rechnung zeigt, dass verschiedene Sondereffekte zu diesem guten Ergebnis geführt haben. Im betrieblichen Ergebnis führten folgende Sondereffekte zu einem Minderaufwand resp. Mehrertrag von CHF 901'000: Die Kugelfangssicherung Lauffohr hat bei einem Aufwand von CHF 211'000 einen Ertrag von CHF 152'000 ergeben. Nach der juristischen Klärung wurde der Startkostenbeitrag für den Campussaal von CHF 239'000 vom Kanton überwiesen. Die Abrechnung der Spitalkosten 2013 ergab CHF 291'000 und eine Veranlagung bei den Steuern bewirkte Einnahmen von CHF 430'000. Ohne diese Sondereffekte verschlechtert sich das betriebliche Ergebnis auf CHF -2,500 Mio. Im Finanzierungsergebnis finden wir Sondereffekte im Umfang von CHF 2,245 Mio., und zwar durch die Aufwertung der Beteiligung am Medizinischen Zentrum um CHF 200'000. Weiter konnte der Zins für die Landerwerbskosten Mülimatt von CHF 187'000 geltend gemacht werden. Im Weiteren konnten nicht realisierte Kurserfolge aus dem Vermögensverwaltungsmandat von CHF 1'858'000 verbucht werden. Ohne Sondereffekte reduziert sich das Finanzierungsergebnis auf CHF 5,741 Mio. Wenn wir die Sondereffekte in der Rechnung 2014 ausblenden, reduziert sich das operative Ergebnis auf CHF 3,241 Mio. Somit ist praktisch die Hälfte des ausgewiesenen operativen Erfolgs von CHF 6,387 Mio. auf Sondereffekte zurückzuführen.

--- Anhand einer Folie zeigt Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann das Finanzierungsergebnis 2014 zusammen mit der Investitionsrechnung ---

Aus dem Finanzierungsausweis auf Seite 75 entnehmen wir ein Ergebnis der Investitionsrechnung von CHF -4,182 Mio. Der grösste Investitionsaufwand betrifft den neuen Busterminal Bahnhof Campus sowie die begleitenden Investitionen auf der Industriestrasse. Gleichzeitig konnten die entsprechenden Investitionsbeiträge von Bund, Kanton und Dritten verbucht werden. Die Selbstfinanzierung aus der Erfolgsrechnung beträgt CHF 10,041 Mio. Dies ist eine kantonale Kennzahl, die Berechnungselemente dazu sind auf der Folie aufgezeigt. Das resultierende Finanzierungsergebnis zeigt einen Überschuss von CHF 5,859 Mio.

--- Anhand einer Folie zeigt Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann die Entwicklung des Nettovermögens von 1999 bis 2014 ---

Aus den Kennzahlen auf Seite 82 und aus der Grafik auf der Folie entnehmen wir, dass das Nettovermögen der Stadt Brugg im Rechnungsjahr auf knapp CHF 66 Mio. angestiegen ist. Nach dem Quantensprung im Jahr 2013, u.a. bedingt durch vorgeschriebene Umbuchungen ins Finanzvermögen resp. ins Eigenkapital, ist die Kurve mit einer Zunahme von nicht ganz CHF 6 Mio. wieder etwas abgeflacht. Wie auf der Grafik ersichtlich ist, hat sich gleichzeitig der Anteil des "nicht-disponiblen Vermögens" reduziert. Der Grund dafür ist die durch den Grossen Rat beschlossene Rückzahlung der kantonalen Darlehen für die Berufsschulbauten Mülimatt und Annerstrasse. Die Brugg-spezifische Kennzahl "Disponibles Vermögen" zeigt den Anteil am Nettovermögen, das kurzfristig für die Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Verfügung steht.

--- Anhand einer Folie zeigt Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann die Vermögensstruktur der Stadt Brugg ---

Das Nettovermögen und die Korrekturen mit den langfristig gebundenen Darlehensguthaben, zweckgebundenen Fonds und Legaten im Eigenkapital sowie Rücklagen in den Globalbudgetbereichen ergeben damit ein disponibles Vermögen von CHF 53,7 Mio. Das Nettovermögen beträgt CHF 66 Mio. und damit die Differenz zum disponiblen Vermögen CHF 12,3 Mio.

Gegenüber dem Rechnungsabschluss 2013 hat das disponible Vermögen um beinahe CHF 12 Mio. zugenommen. Wir sind also in der komfortablen Situation, dass wir die Finanzierung der anstehenden grösseren Investitionsvorhaben mit eigenen Mitteln sicherstellen können.

Auf den Seiten 76 bis 79 findet der Rat die Erfolgs- und Finanzierungsausweise der Abwasserbeseitigung und der Abfallwirtschaft. Wie er sicher festgestellt hat, sind die Reserven der Abfallwirtschaft aufgebraucht. Die aktuelle Nettoschuld von knapp CHF 59'000 wird im Jahr 2015 noch anwachsen. Der Stadtrat hat deshalb Massnahmen für eine ausgeglichene Finanzierung der Abfallwirtschaft beschlossen. Über die Details dieser Massnahmen wird der Stadtrat im Rahmen der Budgetberatung informieren.

Ich danke der Verwaltung und allen weiteren Verantwortlichen für die budgetnahe Umsetzung ihrer Aufgaben und ihren Beitrag zum guten Rechnungsabschluss. Ganz besonders danke ich der Finanzverwaltung unter der Leitung von Herrn St. Huber für die vorausschauende Liquiditätsplanung, die gewissenhafte, saubere und transparente Rechnungsführung und den termingerechten Rechnungsabschluss. Ich danke Herrn D. Rohrer für das Mitden-

ken und die Kontrolle der Verbuchungen. Ebenso danke ich der Finanzkommission und ihrem Präsidenten, Herrn W. Wengi, für die vertiefte, kritische Prüfung der Rechnung und die gute Zusammenarbeit. Ich danke auch allen Steuerpflichtigen, dass sie ihre Verpflichtungen weiterhin fristgerecht erledigen.

Im Namen des Stadtrates beantrage ich dem Rat den Rechenschaftsbericht und die Rechnung 2014 sowie die neun im Antrag auf Seite 73 aufgeführten Kreditabrechnungen zu genehmigen.

Herr W. Wengi, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission hat den Rechenschaftsbericht, die Rechnung und die Kreditabrechnungen gemäss ihrer Aufgabe kritisch geprüft. Offene Fragen aus den Unterlagen konnten mit den entsprechenden Verwaltungsabteilungen oder in der gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtrat geklärt werden. Einen guten Einblick in die Erfolgsrechnung geben die Erfolgsausweise auf den Seiten 74 bis 81 des Rechenschaftsberichtes und neu auch die Geldflussrechnung auf Seite 84. Das operative Ergebnis ist zwar erfreulich, es ist aber schwierig, das Betriebsergebnis mit Null abzuschliessen. Die Aufwendungen für die Verwaltungsliegenschaften sind im Betriebsaufwand enthalten, die Erträge aus Vermietungen erscheinen hingegen im Finanzertrag. Nach HRM2 ist alles richtig verbucht. Die Nettorendite der bestehenden Anlagen lag im Jahr 2014 bei 6,14 %. Dieser Wert liegt wesentlich über demjenigen des letzten Jahres. Darunter ist die Beteiligung an der IBB mit einem Ertrag von 12,5 %.

Unter der Selbstfinanzierung sind 10,5 Mio. ausgewiesen. Dieser Betrag ist aus langjähriger Erfahrung nötig, um die Reinvestitionen von jährlich CHF 6 Mio. bis CHF 8 Mio. wieder tätigen zu können. Wie erwähnt tragen einige Sondereffekte zu einem guten Abschluss bei, welcher nächstes Jahr nicht wieder erwartet werden kann.

Eigenwirtschaftsbetriebe: Bei der Abwasserbeseitigung besteht kein Handlungsbedarf. Bei der Abfallbeseitigung wurde schon letztes Jahr darauf hingewiesen, dass kein Vermögen mehr vorhanden ist und deshalb ein Handlungsbedarf besteht. Hier ist der Stadtrat tätig und er wird mit dem Budget Vorschläge präsentieren.

Die buchhalterische Prüfung wurde von Ernst & Young durchgeführt und der Revisionsbericht dem Rat zugeschickt. Der Bericht bestätigt eine einwandfreie Rechnungsführung. Die Finanzkommission hat die Rechnung geprüft und als in Ordnung befunden. Diverse Prüfun-

gen bis zum Einzelbeleg ergaben in allen Fällen ausser in einem Fall Übereinstimmung: Es wurden CHF 15'000 irrtümlich durch die Einwohnergemeinde bezahlt, welche die Ortsbürgergemeinde nun zurückzahlen muss. Neben der Verwaltungsrechnung hat die Finanzkommission auch die neun Kreditabrechnungen geprüft und als in Ordnung befunden.

Im Rahmen der Rechnungsprüfung wird von der Finanzkommission auch der Bericht über die Rechnungspassation des Vorjahres durch das Gemeindeinspektorat angeschaut. Dieser bestätigt, dass die Rechnung 2013 in Ordnung ist.

Die Finanzkommission hat mit dem Stadtrat unter anderem folgende Punkte diskutiert:

- Diverse Fragen zu Beträgen in einzelnen Konten
- Betrieb und Reporting des Campussaals
- Abfallwirtschaft
- Bewertung der Liegenschaft Mülimatt
- Anlagenverzeichnis und Anlagenbuchhaltung
- Aussagekraft und Zielgrössen der Erfolgsausweise

Ich danke im Namen der Finanzkommission dem Stadtrat und der ganzen Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung unter der Leitung von Herrn St. Huber, für die geleistete grosse Arbeit. Wir sind immer noch Pilotgemeinde für HRM2. Immer wieder müssen Positionen angepasst werden, was einen entsprechenden Zeitaufwand bedeutet. Trotzdem liegt ein sauberer Abschluss vor und alle Unterlagen waren zeitgerecht und in guter Qualität vorhanden. Ein herzlicher Dank geht auch an den Stadtrat und die Verwaltung für den Einsatz zur Umsetzung der Budgetziele. Die Finanzkommission dankt für die Offenheit, mit welcher auf Anliegen eingegangen und Fragen beantwortet wurden.

Die Finanzkommission beantragt dem Rat, den Anträgen des Stadtrates zu folgen und den Rechenschaftsbericht, die Rechnung und die vorliegenden Kreditabrechnungen der Einwohnergemeinde Brugg (Seite 73) für das Jahr 2014 zu genehmigen.

Herr S. Lutz: Ich spreche im Namen der SVP. Wir sehen die Rechnung mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Insgesamt ist das Ergebnis erfreulich und wir nehmen dieses dankbar zur Kenntnis. Auch das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit ist besser als budgetiert, aber weiterhin defizitär. Hier zeigt sich, dass der Stadtrat weiter gefordert ist, unsere

Stadt und die Verwaltung effizient zu organisieren und weiterhin Sparmassnahmen und Effizienzsteigerungen zu realisieren. Nur dank den Erträgen aus dem Finanzvermögen kann ein so positiver Finanzabschluss präsentiert werden. Dies zeigt einmal mehr, dass wir auf unser Stadtvermögen angewiesen sind und hauptsächlich Investitionen tätigen müssen, die auch einen Ertrag generieren, damit wir auch künftig einen solchen Jahresabschluss präsentieren können. Wir hoffen, dass das Wirtschaftsumfeld weiterhin positive Finanzerträge ermöglicht und sind gespannt, wie der Einwohnerrat die vielfach geäusserten Sparbemühungen im kommenden Rechnungsjahr umsetzen wird. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit, insbesondere bei Herrn St. Huber. Wir hatten den Eindruck, dass sauber gearbeitet wird und die Verwaltung sich gut auf das HRM2 Modul eingestellt hat. Wir werden der Rechnung 2014 zustimmen.

Herr U. Häseli: Der Stadtrat hat uns mit seiner Analyse einen guten Überblick ermöglicht. Im Rechenschaftsbericht auf Seite 154 sind interessante Details aufgeführt, auf die ich genauer eingehen möchte. Die Diskussionen drehen sich immer ums Thema Sparen. Die Diskrepanz dazu zeigt sich im Konto 44 Finanzertrag. Wir haben gehört, dass das Betriebsergebnis negativ ist und das operative Ergebnis, welches die Finanzerträge beinhaltet, positiv abschliesst. Die allgemeine Meinung ist, dass das Anlagevermögen Geld abwirft. Im Konto 44 werden alle Erträge des Vermögens und weitere Erträge ausgewiesen. Daraus ist ersichtlich, wie viel Ertrag erwirtschaftet wird, woher er kommt und wie dieser genutzt werden kann. Der Finanzertrag beträgt CHF 8,6 Mio., welcher sich aus dem Zinsertrag und dem Beteiligungsertrag des Finanzvermögens zusammensetzt. Hier erzielen wir CHF 1,3 Mio. aus den angelegten Geldern. Angelegt sind rund CHF 60 Mio. Dazu kommen im Konto 444 Wertberichtigungen Anlagen Finanzvermögen aus nicht realisierten Kursgewinnen mit CHF 1,8 Mio., die ins Vermögen übergehen und zur Selbstfinanzierung beitragen. Alle Erträge des angelegten Geldes zusammen ergeben CHF 3,2 Mio. Weiter erzielen wir im Konto 443 mit den Liegenschaften des Finanzvermögens Gewinne aus Vermietungen mit ca. CHF 0,5 Mio. In den Konten 445 Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen – dies ist der Ertrag aus der Beteiligung an der IBB – und 447 Liegenschaften Verwaltungsvermögen mit CHF 1,8 Mio. für Mieten, Parkgebühren, Benützungsgebühren und Schrebergärtenvermietung, sind Erträge aufgeführt, welche nichts mit dem Anlagevermögen zu tun haben. Die CHF 60 Mio. angelegtes Geld in Verwaltungsmandaten ergeben CHF 3,2 Mio. Einnahmen. In der nächsten Spalte Budget ist ersichtlich, dass diese Erträge gar nicht budgetiert wurden. Alle Erträge, die hier erscheinen, sind also zusätzlich. Aus Transparenzgründen müssten diese Erträge budgetiert werden, da bei Vorlagen immer aufgeführt ist, was uns die Investitionen kosten, da dann

1 bis 2 % Finanzerträge verloren gehen. Deshalb müssen auch 2 % als Ertrag im Budget aufgeführt sein. Sonst sind wir am Ende des Jahres erstaunt, dass wir mehr erhalten als geplant. Hier müssen wir ehrlich und offen budgetieren. Von den aufgeführten CHF 8,6 Mio. sind eigentlich CHF 3,2 Mio. aus Anlagen, der Rest stammt aus Liegenschaften und der Beteiligung an der IBB, welche nicht direkt mit unserem Vermögen zu tun hat. Die Aussage von Herrn Stadtrat Dr. L. Geissmann war richtig, dass wir Geld zum Anlegen zur Verfügung haben. Die Aussage war immer, dass wir das Geld für eine ausgeglichene Rechnung brauchen. Aus den dargelegten Gründen sehen wir, dass auch ohne die CHF 3,2 Mio. immer noch ein Plus von CHF 3 Mio. im operativen Ergebnis entsteht, d.h. wir leben nicht von unserem Vermögen. Im Rat herrscht aber der Tenor, dass wir vom Vermögen leben und dass es uns ohne Vermögen schlecht geht. Die Aussage lautet daher, dass wir Vermögen haben, das wir brauchen können. Auch ohne die Vermögenserträge der Anlagen von CHF 60 Mio. haben wir immer noch ein positives operatives Ergebnis. Es ist wichtig für den Stadtrat und den Wohnerrat, mit dieser Motivation zu politisieren. Immer nur unter Spardruck stehen, lähmt die Stadt. Wir haben Geld zur Verfügung und sollen dieses richtig ausgeben. Im nächsten Budget muss dies detailliert betrachtet und transparent ausgewiesen werden.

Frau A. Curti: Ich spreche im Namen der CVP. Wir sind sehr erfreut über das positive Gesamtergebnis. Die Rechnung schliesst besser ab als vorgesehen. Dies ist auf das Kostenbewusstsein aller Abteilungen und den guten Finanzertrag zurückzuführen. Wir brauchen ein so positives Resultat, damit die geplanten durchschnittlichen Investitionen von CHF 6 bis 8 Mio. finanziert werden können. Auch wir danken allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Herr T. Meier: Die FDP wird dem Rechenschaftsbericht und der Rechnung zustimmen. Wir sind erfreut über den positiven Abschluss und wiederholen den bereits geäußerten Dank an die Verwaltung für die geleistete Arbeit. All diese Arbeit werden im ersten Teil des Rechenschaftsberichts aufgezeigt und es lohnt sich, diesen intensiv zu lesen. Er gibt einen guten Einblick, wie die Stadt Brugg funktioniert und was alles zur Stadt gehört. Bei den Kreditabrechnungen gibt es vier Unter- und fünf Überschreitungen. Gesamthaft ergibt sich, dass rund CHF 1 Mio. mehr budgetiert, als dann effektiv benötigt wurde. Dies ist eine wichtige Zahl, welche zeigt, dass gut budgetiert und zurückhaltend ausgegeben wird. Damit ist eine gewisse Gelassenheit für neue Projektionskredite möglich, wenn nicht jeder Franken umgedreht werden muss. Man sollte Vertrauen haben in die Verwaltung, dass sie mit dem Geld haushälterisch umgeht. Wie erwähnt haben wir einen Selbstfinanzierungsgrad von CHF 10 Mio. Wir kennen aber auch die fast endlose Wunschliste für Investitionen. Und wenn wir da-

mit fertig sind, benötigt das nächste Gebäude bereits wieder eine Sanierung. Wenn die CHF 10 Mio. um den Finanzertrag von CHF 6 Mio. reduziert würden, blieben noch CHF 4 Mio. Dadurch müsste unser Wunschzettel drastisch reduziert werden. Wir können also nicht auf unser Vermögen verzichten. Es braucht sicher eine Diskussion, wie gross das Vermögen sein muss. Es darf aber nicht vergessen werden, dass ein grosser Teil der Erträge nicht immer wiederkehrend ist. Es gibt Effekte, die nicht vorhersehbar sind – auch wir sind beispielsweise überrascht worden von der Aufhebung der Frankenkoppelung. Es ist deshalb falsch, solche Erträge zu budgetieren und damit auszusagen, es kommt dann schon gut. Dies macht uns abhängig, wir wollen lieber auf der sicheren Seite sein. Wir danken für die geleistete Arbeit und hoffen, auch nächstes Jahr ein positives Ergebnis zur Kenntnis nehmen zu können.

Herr M. Brügger: Ich spreche im Namen der SP. Ich danke Herrn Stadtrat Dr. L. Geissmann für seine Ausführungen. Der Dank geht auch an die Verwaltung. Auch wir merken, dass das Ergebnis immer positiver ist als geplant, nehmen dies aber wohlwollend zur Kenntnis. Der Rechenschaftsbericht ist aufschlussreich und detailliert. Es zeigt, was hinsichtlich HRM2-Tauglichkeit alles geleistet wurde. Auch flossen die Kritiken und Vorschläge des Rates ein und der Bericht ist gut strukturiert. Der Dank geht an Herrn St. Huber und sein Team. Die SP wird alle Anträge unterstützen. Wir schätzen, dass alle Verwaltungsabteilungen unsere Anfragen perfekt, freundlich und zuvorkommend beantworten.

Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann: Die Vorgaben von HRM2 sehen vor, dass Erträge aus dem Verwaltungsvermögen nicht in der Betriebsrechnung, sondern in der Finanzrechnung ausgewiesen werden. Dadurch kann eine leichte Verzerrung in der Erfolgsbetrachtung der beiden betriebswirtschaftlich getrennten Bereiche entstehen. Es ist jedoch festzuhalten, dass nicht allen dem Verwaltungsvermögen zugeordneten Positionen in der Betriebsrechnung auch Aufwendungen gegenüber stehen, z.B. bei Abschreibungen und Unterhalt.

--- Anhand einer Folie zeigt Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann die Anteile des Finanzertrages aus den verschiedenen Vermögen ---

In der Grafik auf der Folie wird ersichtlich, dass die grosse "Schoggitafel" Finanzertrag aus dem Verwaltungsvermögen von CHF 3,860 Mio. bei genauerer Betrachtung zu einem substanziiell kleineren "Schoggitäfeli" von ca. CHF 1 Mio. schrumpft, dem in der Erfolgsrechnung auch "betriebliche" Aufwendungen gegenüberstehen.

Finanzertrag Total	CHF	8'654'317
- Anteil Finanzvermögen	CHF	4'794'025
- Anteil Verwaltungsvermögen	CHF	3'860'292
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	CHF	3'860'292
- Ertrag aus Darlehen und Beteiligungen VV	CHF	1'839'897
- übriger Finanzertrag (Aufwertungen VV)	CHF	200'000
- Liegenschaftenertrag VV	CHF	1'820'395
Liegenschaftenertrag VV	CHF	1'820'395
- Einnahmen aus Parkplätzen, Baurechts- und Pachtzinsen ca.	CHF	820'395
- Anteil "betrieblicher" Finanzertrag ca.	CHF	1'000'000

In Anbetracht der Tatsache, dass fast drei Viertel des Finanzertrags aus dem Verwaltungsvermögen losgelöst vom betrieblichen Aufwand anfallen und nicht generell garantiert sind, ist die Zuordnung zur Finanzrechnung nicht grundsätzlich falsch. Wir werden jedoch bei künftigen Hinweisen auf das strukturelle Defizit den Beitrag des betrieblichen Finanzertrags angemessen berücksichtigen. Wenn wir nochmals zurückschauen auf das Betriebsergebnis ohne Sondereffekte, verbleibt uns aus dieser Sicht weiterhin ein Betriebsdefizit von CHF 1,5 Mio. Wir werden diese Ertragssituation im Budget 2016 nochmals genau anschauen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrates

"Den vorstehenden Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014 zu genehmigen."

mit 46 Ja zu 0 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2:

"Die nachstehende Rechnung für das Jahr 2014 zu genehmigen."

wird mit 46 Ja zu 0 Nein zugestimmt.

Den Anträgen 3a bis 3i:

"Die vorstehenden Kreditabrechnungen zu genehmigen, namentlich

- a) Projektierungskredit für den Neubau Sporthalle Mülimatt des BWZ Brugg und den Aaresteg
- b) Baukredit für den Neubau Sporthalle Mülimatt des BWZ Brugg
- c) Projektierungskredit für den Umbau Untere Hofstatt 4
- d) Baukredit für den Umbau Untere Hofstatt 4
- e) Baukredit Erstellung des Pausenplatzes Museumstrasse/Stapferschulhaus
- f) Kredit Projektwettbewerb für die Gesamtsanierung und Erweiterung des Schulhauses Stapfer
- g) Kredit Konzepterstellung und Umsetzung von Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit Gefahrenstellen im kommunalen Verkehrsnetz
- h) Baukredit Sanierung der Wärmeverteilung des Wärmeverbundes Hallwyler
- i) Baukredit Erneuerung der Schmutzwasserleitung und Neubau einer Sauberwasserleitung in der Maiackerstrasse."

wird gesamthaft ohne Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 3: Jahresbericht 2014 über die "Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr"

Herr Stadtammann D. Moser: Der zweitletzte WOV-Bericht der Periode 2012-2015 liegt hiermit vor. Nach bewährtem Muster werden die wichtigsten Resultate des Jahres 2014 zusammengefasst. Eigentlich sollte heute auch der Antrag für die neue WOV-Periode 2016-2019 zur Abstimmung gebracht werden. Aus verschiedenen Gründen ist das aber noch nicht möglich. So gilt es abzuklären, wie die markant gestiegenen Anforderungen an die Feuerwehr personell und organisatorisch bewältigt werden sollen. Auch soll überprüft werden, ob mit den momentanen Indikatoren und Messgrössen wirklich klare Aussagen gemacht werden können und damit das System genau analysiert und verbessert werden kann. Die Mechanik des Überschussanteils wird überdacht, so dass die Feuerwehr wie bis jetzt motiviert ist, verantwortungsvoll mit den Mitteln umzugehen, aber nicht bestraft wird, wenn gesparte Mittel in die Gemeindekasse zurückfliessen.

Ich danke den Angehörigen der Feuerwehr, welche eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft erbringen, einen grossen Einsatz leisten und für die stetige Bereitschaft, für Notfälle vorbereitet und einsatzbereit zu sein. Ich appelliere an alle, Werbung für die Feuerwehr zu machen, da diese immer Leute sucht. Ein weiterer Dank geht auch an unsere Partnergemeinde Riniken, mit der eine sehr gute Zusammenarbeit stattfindet.

Ich bitte den Rat, den Jahresbericht 2014 zu genehmigen.

Herr M. Indrizzi: Ich spreche im Namen der FDP. Wir haben den Jahresbericht zur Kenntnis genommen und danken allen Angehörigen der Feuerwehr für ihren guten und tollen Einsatz zum Wohl der Gesellschaft. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass nicht genügend Personal innerhalb von 10 Minuten zur Verfügung steht. Der Wert wird als schlecht taxiert. Für uns heisst dies, dass die Feuerwehr ihren Auftrag nicht zielgemäss erfüllen kann. Dies ist nicht auf eine fehlende Motivation innerhalb der Feuerwehr, sondern auf das grosse Verkehrsaufkommen zurückzuführen. Es sind Ideen gesucht, um diesen Missstand beseitigen zu können. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um diesen immer grösser werdenden Missstand zu beheben? Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Herr H. Meier: Ich spreche im Namen der CVP. Auch wir nehmen den Bericht zustimmend zu Kenntnis und danken den Angehörigen der Feuerwehr für ihren unermüdlichen Einsatz zu Gunsten der öffentlichen Sicherheit und sprechen ihnen unseren Respekt aus. Wie gehört hat die Feuerwehr zwei Problempunkte: Die Mängel bei der Einrückungszeit wegen den Verkehrsbedingungen können der Feuerwehr nicht angelastet werden. Vielleicht wäre es besser, den Verkehr beim Casino-Knoten weiter von Hand zu regeln, wie sich dies beim Umbau der Lichtsignalanlage gezeigt hat. Dann ist die interne Neuverteilung der immensen organisatorischen Aufgaben zu erwähnen. Es ist zu hoffen, dass die Entlastung des Kommandanten durch eine zweite Fachperson den erforderlichen Fortschritt bringt. Ich selber erwarte bei meinen Aufgaben in der Feuerwehr eine entsprechende Entlastung. Es ist erfreulich, dass mit einer neuen Überschussregelung die Sparstrafe abgeschafft werden soll. Damit können Neuanschaffungen sinnvoll über mehrere Jahre verteilt werden. Im Weiteren stellt sich die Frage, ob die jährliche, flächendeckende Zufriedenheitsabklärung nicht durch ein wirkungsvolleres Instrument ersetzt werden könnte. Eine Möglichkeit wäre eine gezielte Befragung von Einzelpersonen, welche verschiedene Gruppen repräsentieren.

Frau St. Baumgartner: Ich spreche im Namen der Grünen. Wir danken allen für ihren Einsatz. Als spontaner Gedanke ist mir eingefallen, dass mit dem vorhandenen Restkredit E-Bikes gekauft werden könnten, um damit schneller zum Depot zu gelangen.

Frau N. Hunziker: Auch die SP dankt allen für die geleistete Arbeit. Anlässlich des Informationsanlasses erhielt ich einen guten Einblick in die Arbeit der Feuerwehr. Die Feuerwehr hat dabei einen sehr professionellen und kompetenten Eindruck hinterlassen.

Herr W. Wengi: Als Mitverfasser des Berichtes möchte ich ergänzen, dass die Feuerwehr zunehmend administrative Aufgaben erledigen muss, dies auch auf Grund von Gesetzen, die auf uns zukommen. Anstatt dass die Feuerwehr das Feuerlöschen üben kann, müssen sie üben, Kabelrohre zu prüfen und Pflaster auf das richtige Datum zu kleben. Dies schreiben uns die Institutionen vor. Darum mussten wir für die nächste Kreditperiode analysieren, ob uns diese Aufgaben – nicht für die Brandverhütung, sondern für administrative Arbeiten – mehr kosten. Diese sind auf Grund von europäischen Vorschriften zusätzlich notwendig. Hier müssen wir politisch Gegensteuer geben, sonst laufen uns die Kosten davon. Wir wollen eine Feuerwehr, die retten kann. Ich rufe alle auf, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen und darauf hinzuwirken, solche Zusatzaufgaben zu verhindern. Wir haben auch gekämpft gegen die

immer neuen Verkehrshindernisse. Aufgrund dieser Hindernisse ist es nun nicht mehr möglich, rechtzeitig im Einsatz zu sein.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

"Sie wollen den Jahresbericht 2014 über die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bei der Feuerwehr zustimmend zur Kenntnis nehmen."

mit 46 Ja zu 0 Nein zugestimmt.

Traktandum 4: Kredit für die Fusionsabklärungen für den Zusammenschluss der Einwohnergemeinden Brugg und Schinznach-Bad

Herr Stadtammann D. Moser: Für einen guten Entschluss braucht es verlässliche Entscheidungsgrundlagen. Heute stimmt der Rat nicht über eine Fusion ab, sondern über einen Kredit, der aussagekräftige und solide Entscheidungsgrundlagen liefern soll. Nur damit kann eine saubere Analyse für einen stichfesten Entscheid gemacht werden. Es soll kein Entscheid aus dem hohlen Bauch ohne klärende Fakten gefällt werden, bei dem jeder etwas behauptet und niemand die ganze Realität und die Zusammenhänge kennt.

Schinznach-Bad ist für Brugg ein interessanter und guter Partner. Für beide Seiten kann eine Win-win-Situation entstehen, natürlich mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Vorteilen, aber grundsätzlich positiv. Um diesen Stand zu erreichen, brauchte es Vorabklärungen, die in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben. Die Analyse und der Schlussbericht standen den beiden Exekutiven für ihren Entscheid zur Verfügung, um den heutigen Antrag an die Gemeindeversammlung resp. den Einwohnerrat in die Wege zu leiten.

Sagen wir jetzt Ja zu einer Stärkung des Zentrums, welche weitere Schritte auslösen kann. Wir beweisen damit Offenheit gegenüber der interessierten Nachbargemeinde. Wer die schweizerische Gemeindeflandschaft studiert, kann sich ausrechnen, was sich in der weiteren Zukunft ereignen wird. Die Anzahl der Gemeinden wird sicher nicht zunehmen. Es wird zu kleineren und grösseren Zusammenschlüssen und Fusionen kommen, welche heute noch freiwillig und wohl überlegt, später erzwungen oder gar kantonal verordnet sind. Die Zusammenschlüsse helfen, Synergien zu nutzen und sich gemeinsam zu stärken. Die Partner müssen aber zueinander passen und die Zeit dazu muss reif sein. Die Zusammenschlüsse kann man nicht erzwingen. Teilweise machen sie Sinn, teilweise nicht oder noch nicht. Die Gemeinde Schinznach-Bad hat ein klares Zeichen gesetzt und ihr Interesse an einem Zusammenschluss mit einem grösseren Partner wie der Stadt Brugg an der letzten Gemeindeversammlung eindeutig bekundet. Die Stadt Brugg und die Gemeinde Schinznach-Bad sind bereit für die vertieften Abklärungen. Dies ist nicht in allen Gemeinden gleich. Als Stadtammann und auch als Präsident von Brugg Regio bin ich immer im Kontakt und Gespräch mit Gemeinden aus der Region. Aus diesen teils formellen, teils informellen Treffen konnte man gut heraushören, wie sich unsere Nachbarn zur Thematik Zusammenschluss in der Gemein-

delandschaft oder mit uns stellen. Zum Teil wurde dies ja bereits in den Medien verbreitet. Für die Einen sind Fusionen überhaupt kein Thema, da sie mit dem heutigen Zustand zufrieden sind. Es wurden auch Parteiiumfragen durchgeführt, die ergeben, dass abgewartet werden soll. Andere sagen, wir sind zwar interessiert, aber noch nicht so weit und wollen die Bevölkerung über mögliche Varianten befragen und erst dann über weitere Schritte entscheiden. Für nochmals Andere ist eine Fusion kein Thema, da man dringendere Aufgaben angehen will oder muss. Oder eben im Fall Schinznach-Bad kam es zu einer Anfrage an die Stadt Brugg, um den Prozess eines Zusammenschlusses in die Wege zu leiten.

Mit einem Nein zu den Fusionsabklärungen würde das in letzter Zeit Erarbeitete hinfällig und wir würden uns wieder rückwärts entwickeln resp. bewegen und uns hinter die imaginäre Stadtmauer zurückziehen. Dies würde genau zu dem uns in letzter Zeit vorgeworfenen Bild von arrogant, eigenfokussiert und rückwärtsorientiert passen. Es geht um die Schaffung einer klaren Faktenlage für einen späteren Entscheid über eine mögliche Fusion mit Schinznach-Bad.

Ich bitte den Rat, die Offenheit von Brugg zu unterstreichen und dem Kredit für die notwendigen Abklärungen zuzustimmen und damit ein Zeichen zu setzen.

Herr P. von Niederhäusern: Ich spreche im Namen der SVP. Wieso nicht Thalheim, Remigen oder Mönthal? Ich weiss zwar, dass diese keine gemeinsamen Grenzen mit Brugg haben, aber unter dem Strich haben wir mit diesen Gemeinden gleich viele Gemeinsamkeiten wie mit Schinznach-Bad. Sie orientierte sich immer in Richtung Schenkenbergertal und arbeitet in diversen Bereichen mit diesen Gemeinden zusammen. Die Orientierung in die andere Richtung ist daher nicht nachvollziehbar. Dies zeigt auch der Vorbericht der Projektgruppe vom 15. Dezember 2014. Grundsätzlich soll eine Fusion von unten her entstehen. Man arbeitet in gewissen Teilbereichen zusammen – hier geht es aber um ein Zusammenschweissen. Die Vorgehensweise von oben herab erachten wir als falsch. Aus Bruggers Sicht bringt die Fusion nichts. Die Argumente Golfplatz und Naherholungsgebiet sind zu fest an den Haaren herbeigezogen. Diese Angebote haben wir auch ohne Fusion. Es muss nicht unbedingt sein, dass Brugg grösser wird. Grösse bringt keine Vorteile. Grösse heisst weiter weg vom Bürger, schwerfälliger und meistens auch teurer. Wir sagen deshalb nicht Nein gegen Schinznach-Bad, sondern gegen den Kredit für die Abklärungen.

Herr M. Brügger: Die SP stellt einen Rückweisungsantrag. Wir sind nicht gegen Gemeindefusionen. Wir sind skeptisch gegenüber dem Vorgehen und der fehlenden Strategie, falschen Sequenz und Priorisierung. Wir haben gegenüber Schinznach-Bad viel Sympathie, aber auch gegenüber allen anderen umliegenden Nachbargemeinden. Die Stärkung muss aber aus dem Zentrum erfolgen. Die Zusammenarbeit mit Windisch mit dem RELB und der BNO-Revision hat gezeigt, dass diese Zusammenarbeit zwar aufwendig ist, aber ein grosses Synergiepotential aufweist. Der Stadtrat kündigte schon vor längerer Zeit mehrfach an, dass Zukunftsworkshops mit den umliegenden Gemeinden stattfinden sollen. Dies wäre das richtige Instrument und diese haben bis jetzt nicht stattgefunden. Es ist eine falsche Sequenz, einen Zusammenschluss zuerst mit Schinznach-Bad voranzutreiben ohne genügende Strategie. Die Bevölkerung hat mit Verwunderung davon Kenntnis genommen. Die Ausarbeitung eines Projektes mit Schinznach-Bad alleine macht keinen Sinn trotz aller Sympathie gegenüber dieser Gemeinde. Deshalb beantragen wir Rückweisung des Geschäftes.

Herr T. Meier: Nach den beiden Voten bleibt bei mir eine gewisse Irritation. Die beiden widersprechen sich. Einerseits soll eine Fusion von unten her wachsen und etwas Natürliches darstellen. Dieser Antrag kommt nun vom Stadtrat und ist damit zu wenig basisnah. Andererseits wird die Sicht von oben herab eingenommen mit einem besseren Favoriten. Es soll nicht das Naheliegende, nämlich die Gemeinde, die ein Interesse gezeigt hat, genauer betrachtet werden. Wir wissen, dass Fusionen nicht erzwungen werden können. Hier haben wir nun die Situation, dass die Gemeinde Schinznach-Bad den Kontakt suchte und auch die Gemeindeversammlung hat über den Kredit abgestimmt. Sie wollen also das Thema aufnehmen. Jetzt kann der Einwohnerrat nicht sagen, es passt nicht in unseren Zeitplan und wir wollen dies später diskutieren. Welche Glaubwürdigkeit haben wir dann gegenüber unseren Nachbargemeinden? Wir sind der Bezirkshauptort und eine Stadt, wenn aber eine Gemeinde ein Anliegen äussert, ziehen wir uns zurück. Ich bitte den Rat, den Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen und anschliessend über den Kreditantrag zu diskutieren.

Frau A. Manzelli: Dass sich SP und SVP widersprechen, ist auch schon vorgekommen. Zum Standpunkt der SP kann ich sagen, dass wir nicht grundsätzlich gegen eine Fusion mit Schinznach-Bad sind, wir wollen diese auch nicht auf einen anderen Zeitpunkt verschieben. Wir schlagen ein anderes Vorgehen vor. Nach den Zukunftsworkshops, welche auch in den Legislaturzielen aufgeführt sind, kann effizient, gründlich und auf alle Seiten orientiert eine Fusion abgeklärt werden. Wir wollen nicht vorschnell den Zeitplan einhalten und die anderen

Gemeinden vernachlässigen. Die Abklärungen können auf alle Seiten und gründlich stattfinden.

Herr Stadtammann D. Moser: Ich stelle klar, dass es jetzt nicht um eine Fusion geht. Wir wollen nun die vertieften Abklärungen durchführen. Zum Zeitplan ist anzumerken, dass die in den Legislaturzielen angegebenen Zukunftswshops aus dem Jahr 2015 stammen, die Anfrage von Schinznach-Bad jedoch schon 2013 erfolgte. In diesen zwei Jahren wurde intensive Arbeit geleistet, um den heutigen Wissensstand zu erreichen. Bottom-up oder Top-down ist die andere Frage. Wichtig ist, dass wir erkennen, wo wir stehen und dass mit dem Prozess begonnen wird. Jetzt müssen wir die Faktenlage erarbeiten. Ich bitte den Rat, das Geschäft nicht zurückzuweisen.

Frau S. Kistler: Ich bitte, nicht auf den Rückweisungsantrag einzugehen. Eine Rückweisung ist ein Instrument, um nicht zum Thema sprechen zu müssen. Ich verstehe die SP nicht, dass sie dem Geschäft in dieser Form nicht zustimmen kann und der Stadtrat im Herbst eine korrigierte Version bringen soll. Sie sagt eigentlich nein, wir wollen zuerst mit allen umliegenden Gemeinden sprechen und erst anschliessend darüber befinden. Jetzt soll abgeklärt werden, ob eine Fusion Sinn macht oder nicht. Die Argumentation der SP finde ich nicht richtig. Ich bitte den Rat, die Rückweisung abzulehnen und das Geschäft zu diskutieren.

Herr P. Haudenschild: Wenn ich es richtig verstehe, ist man nicht gegen Schinznach-Bad, aber dennoch wird ein Rückweisungsantrag gestellt. Wann sollen dann die Abklärungen getroffen werden? Vielleicht ist nach den Workshops eine Fusion für Brugg gar nicht mehr aktuell oder die Gemeinde Schinznach-Bad hat gar kein Interesse mehr. Ich warne vor einem Herausschieben und auf die Workshops zu hoffen. Dieses Konzept ist zwar nicht schlecht. Wie Fusionen umliegender Gemeinden zeigen, stellt sich der Erfolg nur bei einem pragmatischen Vorgehen ein. Es geht um CHF 50'000 für eine Abklärung und nicht um mehr. Bei allem Vorbehalt zum Geschäft bitte ich den Rat, die Rückweisung abzulehnen.

Herr Stadtrat Dr. L. Geissmann: Es wurden die Legislaturziele erwähnt, solche gab es schon für die Jahre 2011-2014. Dort steht "Die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden ist verstärkt und geprägt von Offenheit und Transparenz." Auf diese Offenheit hat der Gemeinderat von Schinznach-Bad gesetzt und in Brugg nachgefragt, ob sich Brugg eine gemeinsame Zukunft vorstellen kann. Dieses Anliegen stiess beim Stadtrat in der letzten Legislatur auf offene Ohren und es wurden Vorabklärungen für eine allfällige Gemeindefusion getätigt. Das

Resultat liegt vor und es wird vorgeschlagen, die Möglichkeiten vertieft abzuklären und gegebenenfalls einen Fusionsvertrag auszuarbeiten. In den Legislaturzielen wurde eine Offenheit proklamiert, die der gegenwärtige Stadtrat weiterführen will. In den Leitsätzen 2015 – 2018 steht, dass die Stadt Brugg "in ihrer Zentrumsfunktion ein solider Partner für die Gemeinden der Region zu sein will". Ich begreife deshalb nicht, warum man jetzt eine Gemeinde der Region mit Argumenten und Desinteresse, Überlastung der Verwaltung oder wegen falscher Himmelsrichtung abweisen will. Wo bleibt da die Offenheit? Wo bleibt die verlässliche Partnerschaft? Wie können wir künftig Vertrauen für eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden schaffen, wenn wir uns bei der ersten Opposition zurückziehen? Wie können wir eine erste Chance zur Stärkung der Region achtlos verwerfen? Ich bitte den Rat dringend, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Herr B. Ganz: Ich hörte die Argumente der SVP, dass Wachsen schlecht ist. Die SP meint, Wachsen ist gut, aber nicht so. Wie will die SP noch mit der Nachbargemeinde sprechen, wenn sie jetzt einen Rückweisungsantrag stellt? Dies kann gar nicht mehr stattfinden, wenn die hochnäsigen Argumente kommen, dass man noch nicht diskutieren will, da man noch nicht bereit ist. Ich bitte den Rat, den Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen und dadurch die Nachbarschaft nicht zu beleidigen.

Frau J. Grieder: Ich störe mich an den Argumenten Arroganz und Hochnäsigkeit. Wir müssen den Blick öffnen, es gibt viele Gemeinden wie Villnachern, Habsburg oder Scherz, die in einer ähnlichen Situation wie Schinznach-Bad sind. Es ist ein falsches Vorgehen. Wenn wir nun Schinznach-Bad eingemeinden, was machen dann die Anderen? Früher oder später haben diese auch ein Problem. Wir müssen den Prozess breiter abgestützt angehen.

Herr M. Brügger: Ich habe kein Verständnis für das Argument Desinteresse oder Beleidigung und verahre mich dagegen. Wir wollen eine intelligente, gesamtheitliche Lösung. Sowohl die SVP wie die SP sind beide basisnah in der Frage des Kreditantrages. Einen Kredit, nur um eine Gemeinde zu suchen und keine gesamtheitliche Lösung anzustreben, ist nicht umsichtig. Wir haben ein hohes Interesse, aber wollen strategisch geschickt, intelligent und umsichtig vorgehen.

Herr W. Wengi: Ich habe Mühe zu folgen. Jede unserer Nachbargemeinden ist individuell zu betrachten und demzufolge haben die Abklärungen individuell zu erfolgen. Hier gibt es keinen Masterplan der Stadt Brugg. Ich habe auch Mühe, wenn Gemeindefusionen einer Par-

teistruktur folgen müssen. Wir müssen zuerst schauen, welche Gemeinde zu uns passt oder welche auf uns zukommt. Der Rückweisungsantrag passt hier gar nicht, wenn andere Gemeinden für eine Fusion vorgezogen werden sollen.

Herr M. Lang: Weder Hausen noch Habsburg noch Villnachern haben für eine Fusion nachgefragt. Schinznach-Bad hat auf Grund eines demokratischen Entscheides angefragt. Dies verdient auch eine Antwort. Wenn wir diesen Kredit zurückweisen, nimmt Brugg in Anspruch, für sich alleine entscheiden zu wollen. Dies ist unfair. Wir müssen auf Schinznach-Bad zugehen und ihnen eine klare Antwort geben.

In der Abstimmung mit Aufstehen wird der Rückweisungsantrag mit 8 Ja zu 35 Nein abgelehnt.

Herr M. Lang: Mir ist es wichtig, dass – wie durch Schinznach-Bad bereits bewilligt – die Fusion vertieft abgeklärt wird, ob sie sich lohnt oder nicht. Ich kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht ja zu einer Fusion sagen. Dies wäre ein Gefühlsentscheid, da die Fakten fehlen. Und genau diese Fakten müssen vorliegen, um Entscheide fällen zu können. Dies sind wir den Stimmbürgerinnen und –bürgern schuldig. Damit erhalten wir klare Entscheidungsgrundlagen für den eigentlichen Entscheid über eine Fusion. Dieser Prozess ist relativ günstig, da ein grosser Teil der Kosten vom Kanton übernommen wird. Wenn wir für wenig Geld klare Grundlagen für einen wichtigen Entscheid erhalten, dürfen wir dazu nicht nein sagen. Welches Signal senden wir nach aussen, wenn wir jetzt nein sagen? Von aussen wird wahrgenommen, dass Brugg alleine entscheiden will, in welche Richtung Fusionen gehen sollen. Es muss ein partnerschaftlicher Prozess stattfinden. Bei einem Nein senden wir ein falsches Signal. Es wurde auch erwähnt, dass Schinznach-Bad sich besser Richtung Schenkenbergtal orientieren sollte. Wir dürfen Schinznach-Bad nicht vorschreiben, wohin sie sich orientieren sollen. Diese Frage hat Schinznach-Bad klar beantwortet. Abklärungen wurden bereits drei Mal vorgenommen und eine Fusion wurde drei Mal abgelehnt. Schinznach-Bad will nun die Frage der Fusion mit Brugg klären. Ich bitte daher den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Herr K. Zehnder: Die EVP hat die Fusionswünsche der Gemeinde Schinznach-Bad anfänglich überrascht, da wir damit nicht als Erstes rechneten. Andererseits weiss man, dass sich in der Politik Dinge ereignen, die nicht vorhersehbar sind. Dann muss die Angelegenheit sach-

lich betrachtet werden. Das Interesse von Schinznach-Bad ist positiv zu bewerten. In Brugg ist dies noch nicht ganz klar. Es gibt aber keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Fusion, wir müssen deswegen die Abklärungen von einem neutralen Standpunkt aus treffen. Wir sind für den Kreditantrag.

Herr T. Meier: Es geht nun um dem Kredit für die Fusionsabklärungen. Schinznach-Bad hat diesen bereits bewilligt. Allein dies genügt, um auch zuzustimmen. Da eine Fusion aber nicht nur ein rationaler Entscheid ist und die nackten Zahlen gegeneinander abgewogen werden, müssen auch wir grundsätzliche Überlegungen anstellen, warum dies das richtige Vorgehen ist. Grundsätzlich haben wir als Bezirkshauptort eine grössere Verantwortung und müssen den kleinen Gemeinden Unterstützung anbieten. Wir sind aber andererseits auch auf ihre Unterstützung angewiesen. Wir vergessen immer wieder, dass wir die umliegenden Gemeinden im gleichen Boot brauchen, damit wir uns gegenüber anderen Regionen des Kantons wie Baden, Lenzburg oder Aarau behaupten können. Wir sehen dies am Beispiel des Berufsschulstandortes. Das Kriterium ist hier die Grösse und Brugg als kleinster Standort soll aufgehoben werden. Ein Kampf gelingt nur, wenn uns die andern auch unterstützen. Die Seite 4 des Berichtes zeigt auf, dass Brugg und Schinznach-Bad bereits heute in vielen Bereichen zusammenarbeiten. Beispielsweise kann die Kläranlage Schinznach-Bad in Umliken angehängt werden, da kürzlich ein entsprechender Kredit bewilligt wurde. Auch bei den Sozialen Diensten findet eine Zusammenarbeit statt. Bei all diesen Geschäften ist gemeinsam, dass der Rat beispielsweise eine neue Stelle bei der Regionalpolizei bewilligen kann. Die dem Vertrag angeschlossenen Gemeinden müssen dann folgen. Der demokratische Entscheid wird hier im Rat gefällt. Wenn Schinznach-Bad fusionieren will, so ist dieser Entscheid einem breit abgestützten demokratischen Entscheid in Brugg zu unterbreiten. Die IBB zahlt der Stadt jährlich einen grösseren Betrag, es darf dabei nicht vergessen werden, dass Schinznach-Bad Strom und Gas bei der IBB bezieht und damit zum Gewinn der IBB beiträgt. Weiter ist die Frage zu stellen, welche Erwartung der Bürger im 21. Jahrhundert an die Gemeinde hat. Unsere Strukturen befinden sich mehr oder weniger immer noch im 18. Jahrhundert, im 19. Jahrhundert wurden sie nur noch mehr ausgearbeitet. Diese Zeit war ganz anders als heute. Der Bürger hat heute andere Erwartungen. Beispielsweise ist Wohnort und Arbeitsort meistens nicht identisch und auch nicht immer mit dem Lebensort. Meistens ist aber Wohnort und Lebensort identisch. Die Gemeinde hat deshalb heute andere Aufgaben. Die Ansprüche der Bürger haben zugenommen. Die Bürger erwarten heute, unabhängig von der Grösse, eine professionelle Dienstleistung. Dies setzt aber eine gewisse Grösse voraus. Um diese Grösse zu erreichen, braucht es Zusammenschlüsse. Anders geht es nicht. Die

Zusammenschlüsse können nicht erzwungen werden. Sie müssen wachsen und ein gewisses Verständnis voraussetzen. Hier haben wir eine grundsätzliche Basis für eine Zusammenarbeit. Aus geografischer Hinsicht bietet sich Schinznach-Bad nicht als erste Gemeinde für einen Zusammenschluss an. Eine Gemeindeversammlung vor ein paar Jahren hat aber angeregt, eine Fusion mit Brugg zu prüfen. Dies hat der Gemeinderat mit seinem Gesuch umgesetzt. Die Gemeinde Schinznach-Bad war auch historisch gesehen nie Teil des Schenkenbergs. Sie hat zwar den gleichen Namen, aber eine andere Geschichte. Früher war die Quelle des Bads auf der anderen Seite der Aare und deshalb heisst sie Schinznach. Wegen einem Hochwasser im 17. Jahrhundert ist die Quelle nun auf der anderen Seite. Im 17. Jahrhundert versuchte der Stadtrat Brugg, diese Quelle in die eigene Hand zu erhalten, was aber vom Staat Bern abgelehnt wurde. Historisch gesehen gehört Schinznach-Bad zum Eigenamt. Während Mönthal und Thalheim nicht an Brugg angrenzen, hat Schinznach Bad eine gemeinsame Grenze mit Brugg. Der Kostenteiler 50:50 ist fair und zeigt die Absicht, dass die Fusion geprüft werden soll. Beim Kantonsbeitrag wird auch nicht zwischen kleinen und grossen Gemeinden oder deren Steuereinkommen unterschieden. Selbstverständlich muss nicht alles 50:50 geteilt werden, und fallweise kann ein anderer Kostenteiler gefunden werden. Wir ermuntern den Stadtrat, dann einen Konsens zu finden. Es ist mir ein Anliegen, dass in die Kommission zur Prüfung der Details nicht nur Vertreter der Verwaltung Einsitz nehmen. Bei der Kommunikation soll nicht nur einseitig informiert werden, was besprochen wurde. Es sollen auch Informationen eingeholt werden, was den Bürgern wichtig ist, damit ein solcher Zusammenschluss Erfolg haben wird. Diese Aufgaben sind wichtig. Die FDP unterstützt den Antrag für den Kredit zu den Fusionsabklärungen mit Schinznach-Bad.

Herr Stadtrat R. Wettstein: Für die Abklärungen ist eine positive Grundhaltung wichtig. Es soll eine Entwicklung der Stadt stattfinden können. In der Erarbeitung des Leitbildes gab es die Positionen „klein aber fein“, „wir sind offen“ oder „wir gehen aktiv“ auf andere Gemeinden zu. Wir haben uns für die Offenheit entschieden, da wir Entwicklungen zulassen wollen, welche für Brugg Sinn machen. Zu der Strategiefraage der SP ist zu sagen, dass es verschiedene Ansätze gibt, vom Grossen zum Kleinen oder vom Konkreten zum Allgemeinen. Hier haben wir die Strategie vom Kleinen zum Grossen und vom Konkreten zum Allgemeinen. Dies führt zu einem allgemeinen Verständnis der Vorgänge und man verliert sich nicht im Allgemeinen. Zusammen mit den Zukunftworkshops ergibt dies ein pragmatisches Vorgehen, wie die Stadt entwickelt werden soll. Auf die Frage der SVP nach dem Verbindenden ist die Achse der Aare und Strasse aufzuführen und auch der Wald. Gerade jetzt vor dem Jugendfest ist das Emotionale wichtig, wo Schinznach mit dem Eichenzweig durch den Wald kommt

und uns fragt, ob wir "tüüschle" wollen. Wir wollen doch hier den Granatzweig nicht verweigern. Wenn wir ja zum "Tüüschle" sagen, wollen wir noch lange nicht heiraten. Wir lernen uns so besser kennen und schauen, was die Zukunft bringt. Darum bitte ich den Rat, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Frau A. Manzelli: Ich bitte den Stadtrat, die angekündigten Workshops unabhängig vom heutigen Abstimmungsresultat durchzuführen. Sie sind wichtig und fördern den Austausch zwischen den Gemeinden, ob fusioniert wird oder nicht.

Frau S. Kistler: Ich habe Verständnis für das Argument der SVP und nehme es als Angst vor einem Demokratieverlust wahr. Dies müssen wir ernst nehmen. Gleichzeitig will die SVP aber eine Zusammenarbeit mit Gemeindeverbänden. Wenn sie die Macht behalten will, darf sie nicht für Verbände sein, da dann der Bürger nichts mehr zu sagen hat. Dort sind nur Mitglieder des Stadtrates und der Verwaltung vertreten und anschliessend wird informiert. Gemeindeverbände sind für gewisse Zwecke ein gutes Instrument, sie werden auch Zweckverbände genannt. Wenn der Überblick behalten werden soll, muss man gegen solche Gemeindeverbände sein. Man muss für eine Gemeinde sein und überprüfen, wie eine Zusammenarbeit eventuell stattfinden soll.

Herr B. Ganz: Ich spreche im Namen der CVP. Die Vorlage hat mich anfänglich erstaunt und ich habe nicht verstanden, wohin das führen soll. Es hat mich erstaunt, aus der Zeitung zu erfahren, dass der Stadtrat verhandelt und auch, dass die Gemeindeversammlung eine Fusionsabklärung mit der Stadt Brugg machen will. Noch mehr hat mich erstaunt, dass die Abklärungen nur mit der Stadt Brugg erfolgen sollen. Am Meisten erstaunte mich, dass drei Parteien mit den Schinznachern gar nicht reden wollen. Wir sollen nicht einmal darüber nachdenken, ob eine Fusion Erfolg haben könnte. Wir empfehlen, die Abklärungen zu treffen. Warum soll nicht überlegt werden, ob es neben dem Hafen in Lauffohr nicht auch noch einen in Schinznach-Bad geben soll? Oder sollen wir mit Baden fusionieren, um ein Thermalbad zu erhalten? Warum sollen wir nicht darüber nachdenken, ob eine schweizweit bedeutende Firma wie die Amag sich dann auf dem Stadtgebiet von Brugg befindet? Dies bedeutet eine Stärkung der Stadt Brugg. Die Stärkung ist wichtig, wie das dringende Postulat auf der Traktandenliste zeigt. Wir werden in Frage gestellt, da wir zu klein sind und die SP will nicht darüber sprechen. Die Abklärungen kosten uns wenig und wir erhalten noch einen Teil vom Kanton zurück. Ich bitte den Rat, dem Kredit zuzustimmen.

Herr M. Indrizzi: Ich fahre täglich durch Schinznach-Bad. Auch ich war erstaunt über die Veröffentlichung der Heiratsabsichten – seit dann betrachte ich die Gemeinde beim Durchfahren genauer und sehe interessante Sachen. Ich möchte mehr über die Gemeinde wissen, der dazu notwendige Kredit ist gering und die erhaltenen Informationen wertvoll für einen Entscheid.

Herr S. Läderach: Ich erinnere, dass wir nur über Abklärungen sprechen und nicht über Investitionen. Keiner weiss, was die Abklärungen ergeben. Wenn uns ein Partner anfragt und um Abklärungen bittet, haben wir ihn bei einem negativen Entscheid für immer verloren. Dies wegen CHF 50'000 zu riskieren, ist eine Unverschämtheit.

Herr U. Keller: Wenn ich die Fraktionserklärungen hochrechne, erhalte ich 24 Ja-Stimmen. Ich appelliere, diese Türe nicht zuzuschlagen. Wir müssen gut überlegen, was wir machen. Bei einem Nein würde ich mich als Einwohnerrat schämen, weshalb ich den Rat um Zustimmung zum Antrag des Stadtrates bitte.

Herr P. Haudenschild: Wann sagt die SVP und die SP Ja zu Abklärungen? Die Kosten von CHF 50'000 geben uns schlüssige Antworten. Der Plan des Stadtrates ist intelligent und schlüssig. Ich bitte den Rat, dem Antrag zuzustimmen. Sonst ist das Thema Fusionen auf Jahre vom Tisch, auch mit Windisch.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung mit Aufstehen wird dem Antrag des Stadtrates:

"Sie wollen für die Fusionsabklärungen betreffend Zusammenschluss der Einwohnergemeinden Brugg und Schinznach-Bad einen Bruttokredit von CHF 50'250.00 bewilligen."

mit 25 Ja zu 18 Nein zugestimmt.

Traktandum 5: Erhöhung der Stellenprozente der Regionalpolizei Brugg für die Vertragsperiode 2017 - 2020

Herr Stadtmann D. Moser: Wir haben seit der Gründung der Regionalpolizei im Jahr 2007 eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit mit den Partnergemeinden. Für die nächste Vertragsperiode 2017 – 2020 wird ein neuer Finanzplan erstellt. Ein wesentlicher Teil des zu berücksichtigenden Aufwandes sind die Personalkosten. Aus dem Bericht geht hervor, dass ab dem Jahr 2017 eine zusätzliche Polizistenstelle geschaffen werden soll. Die Gründe dafür sind das Bevölkerungswachstum, die Sicherheitslage und neue Anforderungen sowie der Bedarf auf Grund der Initiative 1:700. Die beantragte Stelle führt zu wiederkehrenden Mehrkosten von rund CHF 118'000, welche etwa zur Hälfte von der Stadt Brugg übernommen werden. Die einmaligen Kosten fallen nur an, wenn die Stelle nicht durch eine ausgebildete, erfahrene Person besetzt werden kann und diese zuerst die Polizeischule absolvieren muss. Unsere Regionalpolizei macht eine sehr gute Arbeit, hat einen guten Namen und ein gutes Renommé als Arbeitgeber. Bei den letzten Einstellungen wegen Abgängen wurden immer bestqualifizierte ausgebildete Polizistinnen und Polizisten auf dem Arbeitsmarkt gefunden. Ich danke dem Kommandanten, Herrn H. Hossli, und dem ganzen Korps für die geleistete Arbeit zu Gunsten unserer Sicherheit.

Ich bitte den Rat, dem Antrag zur Erweiterung der Stellenprozente zuzustimmen.

Herr U. Keller: Ich spreche im Namen der FDP. Leider kommt schon wieder ein Antrag zur Erhöhung der Stellenprozente. Schon letztes Jahr wurde gemahnt, dass mit den Finanzen haushälterisch umgegangen werden muss. Auch bei den letzten Anträgen hat sich die FDP kritisch geäußert. Bei dieser Vorlage ist die Situation ganz anders. Das Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung steigt, nur schon die Anwesenheit von Polizisten beruhigt und wirkt damit auch präventiv. Ich bin nicht sicher, ob ohne Regionalpolizei so viele Polizisten in der Stadt präsent wären. Die neuen Standards legen fest, dass während 24 Stunden und 365 Tagen zwei Polizisten und ein Chef im Einsatz sind. Um dies zu erreichen, mussten sich bereits andere Polizeikommandos zusammenschliessen. Ich bin der Meinung, dass wir dies nicht wollen. Seit dem Jahr 2007 ist die Bevölkerung um rund 4'000 Personen gewachsen. Auch diese Tatsache erfordert gemäss den entsprechenden Berechnungsgrundlagen eine Aufstockung. Der geforderte jährlich wiederkehrende Kredit wird ja nicht alleine von der Stadt

Brugg getragen. Alle angeschlossenen Gemeinden beteiligen sich an den Kosten. Der Entscheidung für ein duales Polizeisystem wurde vor einigen Jahren gefällt. Es gibt heute noch gewisse Kreise, die dieses abschaffen und zurück zu einer Einheitspolizei wollen. Dies ist nicht in unserem Sinn. Für uns ist entscheidend, dass wir die gut funktionierende Regionalpolizei, welche die örtlichen Gegebenheiten kennt, behalten können. Die angestellten Polizisten verdienen eine anspruchsvolle Arbeit, wie zum Beispiel ein Teil der kriminaltechnischen Aufgaben. Dies dient der Motivation. Auch wir sprechen der Polizei unseren Dank aus. Die zusätzliche Stelle ist nicht unumstritten, da argumentiert wird, damit würden nur mehr Bussen ausgestellt. Alle, die sich an die Regeln halten, sind hiervon nicht betroffen. Wir werden der Vorlage einstimmig zustimmen und bitten den Rat um die entsprechende Unterstützung.

Herr T. Hungerbühler: Die SVP unterstützt den vorliegenden Antrag. Es ist uns ein Bedürfnis, dass die öffentliche Sicherheit mit entsprechenden Personalbeständen in der Polizei gewährleistet wird. Die Vorlage wird durch das Bevölkerungswachstum bestätigt. Es ist richtig, dass die Steuermehreinnahmen wegen mehr Steuerzahlenden so eingesetzt werden, dass sie diesen auch wieder zu Gute kommen. Es ist auch für mich ein persönliches Anliegen, dass diese Mittel für Aufgaben verwendet werden, die der Sicherheit dienen und nicht, um das Parkbussenbudget zu optimieren.

Herr D. Hunziker: Auch der SP liegt die Sicherheit der Bevölkerung am Herzen. Es ist darum nur eine logische Konsequenz, dass die Stellen wegen der Bevölkerungszunahme aufgestockt werden. Wir danken der Regionalpolizei für die geleistete Arbeit und stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Frau J. Geissmann: Ich spreche im Namen der CVP. Die Regionalpolizei hat eine wichtige Aufgabe in der Stadt und in der Region. Wir sind an einer motivierten und gut organisierten Polizei interessiert. Wir setzen ein Fragezeichen hinter die am Schreibtisch entwickelte Formel für die Korpsgrösse. Es stimmt uns auch nachdenklich, dass die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr Polizeieinsätze erfordert. Ich frage, wie viel könnte man mit der gleichen Summe, wie jetzt für die neue Polizeistelle bewilligt werden soll, erreichen, wenn sie in Präventions- und Integrationsprojekte investiert würde? Trotzdem oder gerade weil wir die Vorlage kritisch diskutiert haben, werden wir der Stellenerhöhung zustimmen.

Herr A. Kerkhoven: Die Grünliberalen sind für eine starke Polizei. Der Polizeiberuf ist sozial sehr anspruchsvoll und erfordert viele Kompetenzen. Wir sehen in der Präsenz der Polizei eine präventive und indikative Funktion. Wir stimmen dem Kredit zu.

Frau D. Erhardt: Die EVP stimmt dem Antrag für den Kredit für die Erweiterung der Stellenprozentage der Regionalpolizei und für den einmaligen Kredit für die Ausrüstung zu. Wir sehen das Bevölkerungswachstum in Brugg. Es entstehen neue Quartiere und der Rayon für die Kontrollen wird immer grösser. Wir sind auch froh, dass die Regionalpolizei vorausschauend jetzt schon beantragt, was sie dann im Jahr 2017 brauchen. Damit kann ordentlich budgetiert werden.

Herr Stadtammann D. Moser: In der Polizei-Abgeltungsverordnung ist enthalten, wie viele Stellen notwendig sind. Anhand verschiedener Elemente ist eine Aussage möglich, wo welche Arbeiten für die Sicherheit gebraucht werden und wie viele Stellen notwendig sind, um die Aufgaben zu erfüllen. Die Regionalpolizei hat mit den Partnergemeinden vereinbart, dass man diese Zahlen als Grundlage verwendet und mit den eigenen Erfahrungen aufrechnet.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

"Sie wollen der Erweiterung der Stellenprozentage der Regionalpolizei Brugg für die Vertragsperiode 2017 – 2020 um 100 % zustimmen und dafür einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig CHF 118'000 und einen einmaligen Kredit von CHF 56'000 bewilligen."

einstimmig zugestimmt.

Traktandum 6: Dringliches Postulat Karin Schoedler betreffend Strassenbeleuchtung von 01.00 bis 05.00 Uhr

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

„Antrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, das teilweise Ausschalten der Strassenbeleuchtung zu überdenken und dem Einwohnerrat entsprechend Bericht zu erstatten bzw. bei allfällig höheren Kosten entsprechend Antrag zu stellen.

Nach einer Pilotphase werden seit einiger Zeit die Strassenbeleuchtungen in weiten Teilen des Stadtgebietes von 01.00 bis 05.00 Uhr ausgeschaltet oder reduziert. Dies führt bei einem Teil der Brugger Bevölkerung zu Unmut und Verunsicherung.

Vor allem bei bedecktem Himmel ist es dann stockdunkel. Während dieser Zeit unterwegs zu sein ist beängstigend und auch gefährlich, da Hindernisse von blossen Auge nicht erkannt werden können. Die Hürde, eine Straftat zu begehen, ist durch die mangelnde Beleuchtung tiefer. Die Chance erwischt zu werden, ist kleiner. Vor allem junge Menschen, die an den Wochenenden auch noch nach 01.00 Uhr unterwegs sind, sind stark betroffen, aber auch Berufstätige, die durch ihre Arbeit nach 01.00 Uhr nach Hause kommen oder vor 05.00 Uhr morgens aus dem Haus gehen müssen.

Um den Strombedarf effizienter zu gestalten, wird in Brugg bereits eine schrittweise Umstellung auf LED vorgenommen. In anderen Städten wurden ausserdem die Strassenlaternen mit Bewegungsmeldern ausgestattet. So wird weniger Strom verbraucht und Lichtverschmutzung vermieden, trotzdem kann die Sicherheit der Bevölkerung gewahrt werden."

Frau K. Schoedler: Als nächstes Traktandum sollen wir über die Motion Walter Brander bezüglich Strassenbeleuchtung beim Asylantenheim beschliessen. Auf Grund von Gesprächen mit dem Motionär und seiner Absicht, die Motion zurückzuziehen, möchte ich das Postulat als dringlich erklären. Damit müssen wir nur einmal über das Thema diskutieren.

Herr T. Meier: Ich unterstütze die Dringlichkeit. Damit geben wir dem Stadtrat die Möglichkeit, für das nächste Budget allfällige Mehrkosten bereits zu berücksichtigen und entsprechende Massnahmen ab dem Herbst anzuordnen.

Herr Stadtmann D. Moser: Für den Stadtrat ist das Postulat nicht dringlich, da er sich schon länger mit dem Thema Quartierbeleuchtung auseinandersetzt. Wir erhalten viele Rückmeldungen, diesbezüglich etwas zu unternehmen. Wir sind gegenwärtig am Abklären von Verbesserungsmöglichkeiten mit der IBB. Im Oktober können wir bereits Bericht über den Stand und die Möglichkeiten erstatten. Es geht dabei um die Umrüstung auf individuelle Steuerungsmöglichkeiten und um das Leuchtmaterial. Es geht auch um das Einsparungspotential und die verursachten Kosten. Wir betrachten dies nicht als dringlich und bitten den Rat, das Postulat als nicht dringlich zu erklären. Der Stadtrat wird im Oktober wieder informieren.

Herr M. Lang: Gemäss meiner Auffassung geht es nun darum, dem Stadtrat einen Auftrag zu erteilen, den er ja schon lange erarbeitet. Damit spielt es keine Rolle, ob das Postulat als dringlich erklärt wird, und man kann es somit auch unterstützen.

Herr W. Brander: Ich ersuche den Rat, dem Dringlichkeitsantrag zu entsprechen. Wenn wir erst im Oktober wieder darüber sprechen, ist es bereits wieder dunkler. An Weihnachten ist dann wahrscheinlich immer noch kein Licht in den Strassen. Ich bin froh, wenn das Postulat dringlich erklärt wird.

Frau S. Kistler: Ich spreche mich für die Dringlichkeit aus. Das Eine tun und das Andere nicht lassen. Es ist gut, wenn der Stadtrat bereits Abklärungen getroffen hat. Ich begreife nicht, warum man den Schalter nicht einfach jetzt schon wieder einschalten kann. Offenbar ist da ein Mechanismus dahinter. Ich traue dem Stadtrat zu, dass er die Strassenbeleuchtung auch in eigener Kompetenz regeln kann. Die Dringlichkeit ist für mich gegeben, da in der Bevölkerung Befürchtungen vorhanden sind und sie sich nicht wohl fühlt. Es nützt nichts zu sagen, das Gewitter macht nichts, wenn man Angst davor hat. Wenn wir gegen die Angst etwas unternehmen können, ist schon mal ein erster Schritt getan. Auch ich möchte es bei mir nicht dunkel haben, noch vor nicht langer Zeit musste die Polizei in unserer Nähe Einbrecher mit Taschenlampen suchen. Ich finde dies sehr unangenehm. Wenn zumindest etwas Licht vorhanden wäre, ist es besser. Darum bitte ich um Dringlicherklärung.

Frau A. Curti: Ich gehöre zu dem Teil der Bevölkerung, die die Dunkelheit genießt. Ich ärgere mich jede Nacht, dass nur die Hälfte der Lichter erloschen sind und nicht auf der ganzen Strasse. Ich bitte, das Postulat nicht dringlich zu erklären und auch der Dunkelheit eine Chance zu geben. Wo Licht ist, ist auch Schatten. Wenn ein Teil beleuchtet ist, kann sich ein Räuber im Dunkeln verstecken. Wenn es dunkel ist, haben alle die gleiche Chance. Man kann ja auch eine Stirnlampe mitnehmen.

Herr M. Brügger: Alle aufgeführten Argumente waren einleuchtend für mich, auch die von Frau A. Curti. Ich schätze am Ratsbetrieb, dass man vorgängig miteinander spricht und damit eine Effizienz erreicht. Die Themen sollen sachlich entflechtet und nur einmal darüber abgestimmt werden. Daher ist die Dringlichkeit für mich eine gute Lösung.

Herr W. Brander: Ich gehöre zu jenen, die in 70 % der Tage nach 01.00 Uhr nach Hause kommen oder vor 05.00 Uhr arbeiten gehen. Dann ist es bei mir stockdunkel.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag zur Dringlichkeitserklärung

mit 35 Ja zu 6 Nein zugestimmt. Das Quorum für die 2/3-Mehrheit von 28 Stimmen ist damit erreicht.

Herr Stadtmann D. Moser: Die Argumente sind beim Stadtrat angekommen. Entgegen der Ansicht einiger Ratsmitglieder, der Stadtrat sei nicht an Effizienz interessiert, erkläre ich, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 7: Motion Walter Brander betreffend Strassenbeleuchtung beim Asylantenheim
"Jägerstübli" (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Herr W. Brander: Ich gratuliere der Postulantin zum Erfolg. Damit ist unser Ziel beinahe erreicht. Ich fordere den Stadtrat auf zu überlegen, ob der Schalter nicht sofort wieder eingeschaltet werden kann und erst dann überlegt wird, wo gespart werden kann. Ich ziehe meine Motion zurück.

Traktandum 8: Postulat Peter Haudenschild betreffend Kostentransparenz bei Vorlagen an den Einwohnerrat ("Bericht und Antrag des Stadtrates an den Einwohnerrat betreffend ...") (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Herr P. Haudenschild: Ich danke dem Stadtrat für die Entgegennahme des Postulats. Es scheint mir wichtig, dass die postulierte Forderung sinnvollerweise und mit Augenmass umgesetzt wird. Die Formulierung im Postulat ist daher auch nicht detailliert geschrieben. Ich vertraue dem Stadtrat, dass die Umsetzung richtig erfolgen wird.

Herr Stadtammann D. Moser: Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, er hat aber noch ein paar Vorbehalte. Die geforderte Kennzahl wird nur dann in den Berichten aufgeführt, wenn deren Nennung auch Sinn macht. Auch wird die geforderte Kennzahl nur bei grösseren Projekten angegeben. Bei kleinen Projekten für beispielsweise CHF 5'000 ist deren Aussagekraft gering. Da hofft der Stadtrat auf das Verständnis des Rates, dass auch er mit gesundem Menschenverstand handeln will. Die aufgeführten Zahlen müssen klar, einfach und nachvollziehbar sein. Es gibt viele Geschäfte, die nach dem Bruttoprinzip funktionieren, und nur zu einem Teil die Stadt Brugg betreffen. Hier würden Aussagen zu einem falschen Schluss führen. Der Stadtrat wird deshalb die Kennzahlen im Bericht zum Antrag nennen, da diese dort begründet werden können. Ich hoffe, der Postulant kann damit leben.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses von Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 9: Dringliches Postulat Martin Brügger betreffend Kampf für die Berufs- und Erwachsenenbildung in Brugg

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

"Der Stadtrat Brugg wird aufgefordert, sich engagiert „mit aller Kraft“ für den Verbleib und die Entwicklung der Berufsbildung und der Erwachsenenbildung in Brugg einzusetzen.

Begründung:

Das Berufs- und Weiterbildungszentrum Brugg hat grosse Bedeutung für die Region Brugg – nicht nur als hervorragendes Bildungszentrum und Netzwerk für junge Berufsleute, für die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule, sondern auch für die Erwachsenenbildung. Dieses Bildungsangebot muss der Region Brugg unbedingt erhalten bleiben.

Der Stadtrat Brugg wird aufgefordert, sich beim Regierungsrat nicht nur formell (Anhörung), sondern auch zusätzlich "mit aller Kraft" für den Verbleib des Standortes der Berufsschulen in Brugg einzusetzen. – Dieses Ziel soll auf allen möglichen Kanälen (Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaftspartner, Zusammenarbeit mit der Fachhochschule, politische Vernetzung, Zusammenarbeit mit andern Gemeinden/Brugg Regio, Task-Force etc.) engagiert verfolgt werden.“

Herr M. Brügger: Die Dringlichkeit ist darum gegeben, da der Regierungsrat die Anhörung zum Berufsbildungsstandort Brugg gestartet hat. Es sieht nicht so optimistisch aus. Es soll zum Teil auf Kosten von Brugg optimiert werden. Ich biete dem Stadtrat meine Unterstützung an und hoffe auf eine Rückendeckung durch den Rat. Wenn wir uns nicht engagiert einsetzen, haben wir den Kampf schon verloren. Ich hörte von allen Parteien positive Rückmeldungen, mein Name und die Partei können vom Dokument gestrichen werden zu Gunsten einer Forderung des Wohnerrates, ein hervorragendes Bildungsinstitut erhalten zu wollen. Ich danke dem Rat für die Unterstützung, es ist dringend, dass wir in Aarau Druck machen und ich weiss, dass alle Grossräte des Bezirks am gleichen Strick ziehen. Ich danke auch der Presse, wenn aus der Berichterstattung hervorgeht, dass der Wohnerrat klar hinter dem Bildungsstandort Brugg steht.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag zur Dringlichkeitserklärung einstimmig zugestimmt.

Herr Stadtammann Daniel Moser: Die Stadt Brugg ist Träger und Standortgemeinde einer sehr guten Berufsschule. Der Stadtrat wird alles daran setzen, dass wir diese in Brugg erhalten können. Die Vernetzung ist wichtig. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Herr U. Häseli: Der Rat muss Ja zum Bildungsstandort sagen und dem Stadtrat den Auftrag erteilen. Damit stärkt er ihm den Rücken. Der Stadtrat soll das Postulat nicht nur entgegen nehmen. Es ist an uns, den Auftrag zu erteilen. Ich stelle den Antrag für eine Abstimmung.

In der Abstimmung wird dem Antrag zur Überweisung des Postulats einstimmig zugestimmt.

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Postulat Titus Meier betreffend Veranstaltungskalender
- Kleine Anfrage Alessandra Manzelli betreffend Zukunftsworkshop betreffend künftiger Gemeindezusammenarbeit
- Kleine Anfrage Titus Meier betreffend Freudensteinplatz / Jugendfestplatz

Frau Vizeammann A. Metzler: Zu der pendenten Frage von Herrn A. Kerkhoven betreffend Benutzung von Räumlichkeiten der Heilsarmee haben die Abklärungen der Abteilung Planung und Bau ergeben, dass die Räumlichkeiten nicht geeignet sind. Ein Provisorium hätte nur mit sehr grossem Aufwand erstellt werden können.

Im Weiteren ist ein Brief des Regierungsrates betreffend Umikersteg eingetroffen. Mit einem Postulat wurde der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, ob ein Steg erstellt werden kann. In der Antwort ist aufgeführt, dass das Gebiet eine nationale Bedeutung aufweist und ein solches Bauwerk nicht mit den Anforderungen des Auenschutzes vereinbart werden könne. Der Stadtrat wird nun das weitere Vorgehen prüfen.

Der Präsident gibt bekannt, dass der Sitzungstermin vom 4. September 2015 entfällt. Es zeichnet sich aber ab, dass im Oktober zu viele Geschäfte für eine Sitzung anfallen und deshalb eine Doppelsitzung einberufen wird. Die ordentliche Sitzung findet am 23. Oktober 2015 statt, die Zusatzsitzung am 30. Oktober 2015. Der Rat wird jetzt schon gebeten, sich den 30. Oktober zu reservieren.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Der Präsident:

Der Aktuar: